

Resolution der Personalrätekonferenz am 16.11.11 in Reichelsheim

Inklusion braucht Verlässlichkeit und Ressourcen!

Das Land Hessen ist verpflichtet, die UN-Behindertenkonvention zur inklusiven Bildung umzusetzen. Dennoch hat die Landesregierung jetzt einen Verordnungsentwurf – VOSB - vorgelegt, aus dem hervor geht, dass es keine zusätzlichen Ressourcen geben wird.

Wir wollen, dass Inklusion gelingt!

Deshalb fordern wir:

- ◆ eine ausreichende Personalversorgung, das heißt Förderschullehrkräfte sowie sozialpädagogische und therapeutische Fachkräfte als Teil des Schulkollegiums,
- ◆ Klassenobergrenzen von Inklusionsklassen mindestens gemäß dem aktuellen rechtlichen Stand,
- ◆ durchgängig Doppelbesetzung von Regel- und Förderschullehrern,
- ◆ Bereitstellung von notwendigen Betreuern/Therapeuten,
- ◆ geeignete und notwendige Ausstattungen mit speziellen Lehr- u. Hilfsmaterialien,
- ◆ Einsatz von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern,
- ◆ bauliche Maßnahmen (z.B. Barrierefreiheit),
- ◆ Bereitstellung von Lehrerstunden zur notwendigen Koordination.

Wir fordern die Landesregierung auf, diese grundlegenden Voraussetzungen für gelingende Inklusion zu schaffen.

Einstimmig von 120 Personalräten aus dem Schulaufsichtsbereich Bergstraße / Odenwald so beschlossen
Reichelsheim, 16.11.2011